

325 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XI. GP.

Bericht

des Ausschusses für soziale Verwaltung

über die Regierungsvorlage (280 der Beilagen), betreffend die Erhöhung von Richtsätzen für die Gewährung von Ausgleichszulagen im Bereich des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes und des Gewerblichen Selbständigen - Pensionsversicherungsgesetzes

Infolge eines beabsichtigten teilweisen Abbaues staatlicher Stützungen werden für Brot und Mahlprodukte sowie für Milch und Molkeprodukte Preiserhöhungen eintreten. Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf werden die für die Ausgleichszulagen nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz und dem Gewerblichen Selbständigen-Pensionsversicherungsgesetz maßgebenden Richtsätze um 10 S erhöht. Dadurch soll dem in Betracht kommenden Personenkreis die sich aus dem Abbau der Stützungsmaßnahmen für den Konsumenten ergebende finanzielle Mehrbelastung abgegolten werden.

Der Ausschuss für soziale Verwaltung hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung vom 13. Dezember 1966 in Verhandlung gezogen. Nach einer Debatte, an der sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Schmidl, Altenburger, Melter, Herta Winkler, Kulhanek, Ing. Häuser und Czettel beteiligten, wurde der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Auf Grund seiner Beratungen stellt somit der Ausschuss für soziale Verwaltung den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (280 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, am 13. Dezember 1966

Machunze
Berichterstatter

Rosa Weber
Obmann